Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 22. April.

— Aus dem Reichstage. Dat ledd't ja die Ritterschaft nich, das duldet ja die Ritterschaft nicht, heißt es im mecklenburgischen Volk, wenn ein Fortschritt in der Gesetzgebung beabsichtigt ist. Das gilt auch fürs Reich. Die allzuschüchterne bundesrätliche Verordnung einer Maximalarbeitszeit für das Bäckereigewerbe rief sofort allen voran die Edelsten und Besten in die Schranken. Bitter beklagte es Herr v. Buchka, daß die patriarchalischen Zustände in der Bäckerei zerrissen werden sollten, d. h. aus dem Junkerlichen ins Deutsche übersetzt: daß eine besonders tiefstehende Arbeiterschicht jetzt um ein weniges allen Kulturbestrebungen, also auch dem Sozialismus zugänglicher gemacht werden wird. Ihm folgten sie alle, alle, die sonst oft so uneinigen Brüder: Siegle von den Nationalliberalen, Pachnicke von der freis. Vereinigung, Graf v. Inn- und Knyphausen von den Deutschkonservativen und Merbach von der Reichspartei, der sich die Redeblüte leistete, für die Weiber seien er und seine Partei stets zu haben, — natürlich nur bei Regelung der Arbeitszeit! Unser Genosse Molkenbuhr leistete im Verein mit dem Zentrumsmann Dr. Hitze und den Männern der Regierung Boetticher und Berlepsch der andrängenden bunten Reaktion tapferen Widerstand. Morgen wird die Besprechung der Interpellation fortgesetzt.

— Das preußische Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch das Lehrerbesoldungsgesetz in dritter Lesung. Im wesentlichen wurden die Beschlüsse der zweiten Lesung angenommen; der wieder eingebrachte Antrag Sattler, wonach die großen Städte mindestens den Zuschuß weiter bekommen sollen, der ihnen bisher gewähret war, wurde auch diesmal abgelehnt. In namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 43 Stimmen nahm das Haus eine Resolution an, welche die baldige Einbringung eines allgemeinen Volksschulgesetzes im Sinne des verflossenen Zedlitzschen Entwurfs fordert, obgleich der Kultusminister wiederum die jetzige Zeit nicht für geeignet erklärte. Morgen Fortsetzung der Beratung der Kreditvorlage.

Dresden, 23. April.

— Zur Reichstagswahl in Ansbach-Schwabach haben nun fast alle Parteien Stellung genommen. Zentrum, Konservative, Nationalliberale, Bauernbündler wollen sich auf einen Kandidaten einigen. Die beteiligten Parteiorgane beeilen sich, dieser tollen Koalition ihren Segen zu erteilen. Die Volkspartei hat den Schriftsteller Dr. Conrad in München als Kandidaten aufgestellt. Seitens unserer Parteigenossen wurde Ferd. Baumeister, Schreiner in Spalt, als Kandidat ernannt. Genosse Baumeister gehört zur „alten Garde" der Partei. Er ist Vorsitzender des — sonst völlig ultramontanen! — Gemeindekollegiums in Spalt.

— In der Stichwahl in Osnabrück ist Wamhoff (natl.) mit 14040 Stimmen gegen v. Schele (Welfe) mit 13425 Stimmen gewählt worden.

— Ein deutsch-japanischer Handelsvertrag nebst Denkschrift soll dem Bundesrat zugegangen sein und in der nächsten Plenarsitzung auf die Tagesordnung kommen.

— Die Freigabe des Hausierhandels mit Gemüse- und Blumensamen soll in der Gewerbenovelle gefordert werden, so ist in einer Besprechung von Mitgliedern des Bundesrats und aller Parteien beschlossen worden.

— Herr Stenglein, der Oberlandesgerichtsrat aus Colmar, dessen sonderbares Verhalten gegen eine französische Versicherungsgesellschaft kürzlich von der „Leipz. Volkszg." aufgedeckt wurde, wagt sich jetzt an die Oeffentlichkeit. Er teilt der „Frankf. Ztg." mit, daß der vereinigte Zivilsenat des Reichsgerichts in seinem Disziplinarverfahren zu seinen Gunsten erkannt habe. Gegen den Urheber und Verbreiter der Angriffe gegen ihn, die aus dem Verfahren abgeleitet wurden, werde er ebenso wie gegen die sozialdemokratischen Blätter, in denen die Angriffe publiziert waren, gerichtlich vorgehen. Die „Frankf. Ztg." bemerkt hierzu: Die beste Genugthuung für Herrn Stenglein müßte u. E. in der Publizierung der Verhandlungen des Disziplinarhofes liegen. Ohne deren Kenntnis ist es der Oeffentlichkeit unmöglich, sich ein bestimmtes Urteil zu bilden.

— Die politische Zählebigkeit Stöckers wird bald so sprichwörtlich werden, wie seine Wahrheitsliebe. Nach den Fußtritten von der konservativen Partei arbeitete er krampfhaft, um etwas Hinterhalt bei der christlich-sozialen Gruppe zu erhalten. Jetzt bewirbt er sich bereits wieder um ein Reichstagsmandat. Wie in einer Versammlung angeblich konservativer Vertrauensmänner beschlossen wurde, soll er in seinem ehemaligen Reichstagswahlkreis bei der nächsten Wahl wieder aufgestellt werden. Stöcker war selbst anwesend und empfahl seinen Vertrauensmännern, sich den Christlich-Sozialen anzuschließen, da er unter konservativer Flagge nicht mehr segeln könne. Der Hammerstein-Freund Stöcker wird eine schöne Zierde des Reichstags sein.

— Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Vom Landgericht Plauen i. V. ist gegen einen in Reichenbach ansässigen Arbeiter, der unserer Partei nicht angehört, die Voruntersuchung wegen Majestätsbeleidigung eröffnet worden. Der Mann hatte in der Trunkenheit in einem Lokal Streit mit einem Schutzmann und ist dabei zu weit gegangen und denunziert worden. Herr Rechtsanwalt Dr. v. Petrikowsky hat die Verteidigung übernommen.

Dieser Tage stand vor dem Hamburger Landgericht der Maschinist Diedrich unter der Anklage der Majestätsbeleidigung. Er hatte in einer sozialdemokratischen Versammlung eine von dem Kaiser in seiner letzten Sedanrede gebrauchte Aeußerung in Verbindung gebracht mit dem groben Unfugparagraphen des Strafgesetzbuchs. Er wurde deshalb von der Strafkammer zu einer Gefängnisstrafe von zehn Wochen verurteilt.

— Revolution im Königreich Stumm. Die Nationalliberalen und Wähler der übrigen Mittelparteien sind mit der Herrschaft Stumms nicht mehr zufrieden. Er soll seine autokratische Herrschaft in für jene Kreise unangenehmer Weise ausüben, weshalb es am vorigen Sonntag in Saarbrücken zu einer großen Protest-Versammlung der Wähler der Mittelparteien kam, welche von 600 bis 700 Personen besucht wurde und einstimmig beschloß, eine Immediateingabe an den Kaiser zu richten, worin die eigentümliche Lage geschildert werden soll, in der sich die Bevölkerung des Saarreviers infolge des Vorgehens des Herrn von Stumm befindet. Es soll in dieser Eingabe auch darauf hingewiesen werden, daß die Versetzung einiger Frhrn. v. Stumm mißliebiger Beamten in der Bevölkerung den Glauben erweckt hätte, daß die betreffenden Behörden die Politik des Frhrn. von Stumm damit unterstützen wollten. Der Kaiser wird ersucht, eine Untersuchung dieser Angelegenheiten herbeiführen zu wollen. Es handelt sich dabei insbesondere um die unfreiwillige Versetzung der beiden Oberlehrer Görbitz und Disselnkötter, welche von den Stummschen Beamten schon 14 Tage früher angekündigt wurde, als die betreffenden Herren selbst etwas davon erfuhren. — König Stumm weilt seit gestern Abend in Dresden. Seiner Bedeutung entsprechend bringen die Zeitungen diese Nachricht. Sollte er vielleicht vor der drohenden Revolte ausgerückt sein?

Oesterreich-Ungarn.

— Der Wahl Dr. Luegers zum Bürgermeister ist die Bestätigung versagt worden. Die kaiserliche Entschließung wird schon heute dem Gemeinderat bekannt gegeben werden.

— Abgeordnetenhaus. (Fortsetzung der Wahlreformdebatte.) Nachdem Kramacz (Jungtscheche) die Einführung des allgemeinen Wahlrechts befürwortet hatte, führte Minister Rittner in längerer Rede aus, daß das Ministerium das gegenwärtige System der Interessenvertretung in Oesterreich für reformbedürftig erachte, daß die Reform jedoch zur Zeit undurchführbar sei. Daher bleibe nicht anderes übrig, als die Interessenvertretung unberührt zu lassen und das Wahlrecht nach Möglichkeit zu verallgemeinern. Die Regierung erkläre sich jedoch unbedingt gegen die Beseitigung der Interessenvertretung und gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes. Nach längerer Debatte wurde alsdann die Verhandlung abgebrochen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Dringlichkeit des Antrages des Ruthenen Romanczuk abgelehnt, durch den die Regierung aufgefordert wird, die Verwaltungsbehörden anzuweisen, die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes bald zu ermöglichen und zu dessen Begründung der Abgeordnete Romanczuk auf die Praxis der Behörden in Galizien hinwies, welche den Ruthenen die Abhaltung von Versammlungen unmöglich mache. Als im Verlaufe der Debatte der Abg. Pernerstorffer erklärt hatte, wenn es ein Land gäbe, wo das Volk ein Recht habe, sich zu erheben, so sei dies das Volk der Ruthenen in Galizien, bezeichnete Ab. Sczepanowski diese Aeußerung als eine unerhörte Provokation und Aufreizung zu Mord und Brand. Der Abg. Pernerstorffer wurde zur Ordnung gerufen.

Italien.

— Die Freude an seinen Kolonien wird Italien immer mehr verkümmert. Aus Massaua kommt die Nachricht, daß König Menelik einen italienischen Unterhändler, den Major Salsa, als Geisel zurückbehalten hat. Die Entrüstung ist in der bürgerlichen Presse Italiens natürlich allgemein. — Man glaubt, daß das Ministerium Rudini über dies Vorkommnis stolpern werde.

Frankreich.

— Das Ministerium Bourgeois hat, nachdem der Senat die Mittel für die Truppen in Madagaskar verweigert hat, dem Präsidenten Faure mitgeteilt, daß es unter solchen Umständen die Regierung nicht fortführen könne. Da sich aber ein Regierungswechsel nicht in Abwesenheit der Kammer vollziehen könne, so habe es beschlossen, die Kammer für den morgigen Tag — Donnerstag — telegraphisch zusammenzuberufen. Der Präsident nahm hiervon Kenntnis; die Kammer, die bis in den Mai beurlaubt war, ist telegraphisch auf morgen einberufen.

Durch die Aktion des Senats und den Entschluß des Kabinetts ist eine eigentümliche Lage geschaffen. Hat das Ministerium auch formell die Entlassung eingereicht, so hat es doch thatsächlich der Kammer die Entscheidung übertragen. Die Radikalen und Sozialisten werden an das Ministerium die Aufforderung richten, das Senats-Votum zu ignorieren und im Amte zu bleiben. Findet sich hierfür eine Majorität, so haben wir den fertigen Konflikt. Läßt die Majorität Bourgeois im Stich, so haben wir die Vertagung des Konflikts. Der Kampf gegen den Senat dauert unter allen Umständen fort. Die Sozialisten und Radikalen haben in ganz Frankreich die Bewegung gegen den Senat in Fluß gebracht; am 3. Mai — dem ersten Sonntag im Mai, wo die französischen Gemeindewahlen alljährlich vor sich gehen — wird der Wahlkampf durch die Stellung der Parteien zur Verfassungsrevision bestimmt werden; und fallen die Maiwahlen so aus, wie es nach der allgemein zu Tage tretenden Stimmung der Massen zu erwarten ist, so wird des Ministerium Bourgeois sehr bald zurückkehren als Konfliktsministerium.

Mit einem Wort: wir stehen jetzt in Frankreich nicht am Ende eines politischen Kampfes, sondern nur am Abschluß des Vorspiels.

Aus Paris liegen folgende Depeschen vor:

Wie versichert wird, habe Präsident Faure das Entlassungsgesuch des Kabinetts genehmigt. Die Entlassung solle erst nach der Sitzung der Deputiertenkammer offiziell bekannt gegeben werden. Man glaubt, Faure werde versuchen, ein Versöhnungs- und Konzentrations-Ministerium zu bilden. In den Wandelgängen der Kammer werden als geeignet für die Umgestaltung des Kabinetts genannt Peytral, Méline oder Bourgeois, letzterer für den Fall, daß die Deputiertenkammer ihm ein Vertrauensvotum erteilen sollte.

Die republikanischen und konservativen Blätter beglückwünschen den Senat, daß er dem Kabinett die Verpflichtung auferlege, zu demissionieren, und sprechen den Argwohn aus, daß Bourgeois durch die Einberufung der Kammer einen Konflikt zwischen Senat und Kammer hervorrufen wolle. Die radikalen und sozialistischen Blätter tadeln den Rückzug des Kabinetts, den sie als Kapitulation hinstellen. Sie sehen für ein zukünftiges Kabinett eine schwierige, wenn nicht unmögliche Stellung voraus. Man verspricht sich für morgen in der Kammersitzung eine lebhafte Debatte; die Radikalen werden einen Antrag einbringen, in welchem das Kabinett aufgefordert wird, im Amte zu bleiben.

Der Pariser Stadtrat nahm nach reger Debatte mit 38 Stimmen einen Beschluß an, in welchem dem Bedauern über den Rücktritt des Kabinetts Bourgeois Ausdruck gegeben und eine Revision der Verfassung verlangt wird, um das allgemeine Stimmrecht gegen den Senat zu schützen.

Rußland.

— Wegen der Zarenkrönung in Moskau ist in Rußland verschärfte polizeiliche Beobachtung angeordnet worden. Wie die „Köln. Ztg." hört, soll in Petersburg eine Warnung einer europäischen Großmacht (?) eingetroffen sein, die bestimmte Anhaltspunkte dafür besitzen will, daß die russischen Nihilisten in Genf einen terroristischen Anschlag für die Krönungszeit geplant hätten. Unter anderem wurde in der Warnung auch eine Frau, Russin, als besonders thätig unter den Genfer Nihilisten namhaft gemacht.

Zur Maifeier.

Bei den Steinarbeitern in Leipzig scheint es aus Anlaß der Maifeier zu Differenzen zu kommen. Die Innung lehnte die Freigabe ab und drohte mit Aussperrung, die Gehilfen beschlossen dennoch in geheimer Abstimmung mit 54 gegen 51 Stimmen bei dem früheren Beschlusse, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen, stehen zu bleiben.

Die Genossen Bremens verbreiten am nächsten Sonntag ein Maiflugblatt in 30000 Exemplaren.

Agitation für den Achtstundentag im Ostrau-Karwiner Revier. An Stelle der Streikagitation ist in Ostrau-Karwin die Agitation für die Forderung des Achtstundentages und die Feier des 1. Mai getreten. Die hier mit Ausnahme der erzherzoglichen Schächte, wo die Achtstundenschicht eingeführt ist, seit dem Sommer 1894 eingeführte Zehnstundenschicht bedeutet eine frivole Quälerei der oft weit von den Werken wohnenden Arbeiter. In zahlreichen Versammlungen wird daher beschlossen, am 1. Mai durch Arbeitsruhe für den Achtstundentag zu demonstrieren. Die Direktion der gräflich Wilczekschen Kohlengruben wollte den vom Streik erschöpften Arbeitern die an Sonnabenden übliche Achtstundenschicht in eine zehnstündige verwandeln, mußte jedoch bereits nach zwei Wochen von dem vergeblichen Versuch abstehen.

Die Maifestschrift der österreichischen Sozialdemokratie ist von der Wiener Staatsanwaltschaft konfisziert worden. Die Druckschrift wurde bei der Staatsanwaltschaft vor mehr als zehn Tagen überreicht; der Staatsanwalt fand nichts Anstößiges darin. Daß er sie jetzt, nachdem die Verbreitung in ganz Oesterreich seit zehn Tagen unbeanstandet vor sich geht, konfisziert, hat eine besondere Ursache. Die Maischrift ist nämlich mittlerweile in Deutschland wegen Majestätsbeleidigung konfisziert worden, und das scheint dem Manne genug Grund zu sein, gleichfalls nachträglich die Konfiskation auszusprechen.

Partei-Angelegenheiten.

Schwere Verurteilung. Die Strafkammer Mülhausen i. E. verurteilte wegen Beamtenbeleidigung durch die Presse Genossen Redakteur Martin hier zu einem Jahr und Genossen Redakteur Keßler von der „Volksstimme" in Mannheim zu 6 Monaten Gefängnis. Beide wurden sofort verhaftet.

Der Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegen einander sollen sich der Genosse August Kasch in Hamburg, als Verfasser einer Erzählung aus Hamburgs Cholerazeit, betitelt „Der neue Lazarus", der frühere Redakteur der „Neuen Welt", Genosse Kokosky in Berlin, der diese Erzählung in der „Neuen Welt" zum Abdruck brachte, und der verantwortliche Redakteur der „Magdeburger Volksstimme", Friedrich Bahle, der die „Neue Welt" der „Volksstimme" als Sonntagsbeilage beigab, schuldig gemacht haben, weshalb Anklage gegen dieselben erhoben worden ist, und zwar seitens der Staatsanwaltschaft in Magdeburg, welche seiner Zeit auch die Beschlagnahme der fraglichen Nummer der „Neuen Welt" bewirkte. Die Aufreizung soll in dem gesamten Inhalt der Erzählung, insbesondere aber auch in den in derselben zitierten Strophen des Herweghschen Arbeiterbundesliedes: „Bet' und arbeit', ruft die Welt!" liegen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

∴ Der Verein Zentral-Kommission aller Branchen für Dresden u. Umg. hielt am 15. d. M. seine halbjährliche Hauptversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Halbjahrsbericht des Vorstandes und Abrechnung. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten. Das Verlesen der Präsenzliste ergab, daß folgende Berufe nicht vertreten waren: Dachdecker, Hutmacher, Lederarbeiter, Markthelfer, Müller, Schmiede, Textilarbeiter und Tapezierer. Zum ersten Punkt der Tagesordnung nimmt zunächst der Vorsitzende das Wort; derselbe weist zunächst auf die gegenwärtig so hoch gehende Bewegung in der deutschen Arbeiterschaft zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hin. Nach seinen Informationen sind zur Zeit in Deutschland gegen 105 Streiks im Gange. Davon entfallen auf Dresden 2, ungerechnet derjenigen, wo die Verhandlungen noch schweben. Weiter geht er auf die Thätigkeit des Vereins ein. Es haben stattgefunden 6 Monats-Versammlungen und 10 Vorstandssitzungen. Hauptberatungsgegenstände waren die Streiks bei den Konfektionsarbeitern, den Ofentöpfern, den Metalltuchwebern und Malern, sowie die Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats. Dem Verein gehören die Vertreter von 44 Gewerkschaften mit über 7000 Mitgliedern an, zwei Gewerkschaften, die Bauarbeiter und Barbiere, sind nicht mehr vertreten. An Briefen und Postkarten gingen ein 60 Stück, ausgegangen sind 61 Stück. Zur Information der Mitglieder wurden 50 Stück Broschüren verteilt. Außer dieser Thätigkeit war der Verein resp. der Vorstand genötigt, bei Differenzen im Gewerbe der Gastwirtsgehilfen und Böttcher, und zwar erfolgreich, einzugreifen. Hierauf giebt der Kassierer folgende Abrechnung bekannt:

Einnahmen.

Namen der Gewerkschaften	Vereins-Beiträge M.	Pf.	[illegible] M.	Pf.	[illegible] M.	Pf.
Buchbinder	—	—	—	—	—	—
Bäcker	2	—	—	—	—	—
Buchdrucker	18	75	—	—	—	—
Böttcher	5	—	—	—	—	—
Blumen- u. Blätter-Arb.	—	—	—	—	—	—
Bildhauer	24	—	—	—	—	—
Bürstenmacher	4	—	—	—	8	[illegible]
Brauer	5	—	—	—	—	—
Dachdecker	2	—	—	—	—	—
Former	12	50	—	—	—	—
Glaser	2	50	—	—	—	—
Glasarbeiter	12	—	—	—	7	[illegible]
Gold- und Silberschläger	2	50	—	—	—	—
Gastwirtsgehilfen	15	—	—	—	—	—
Gärtner	—	—	1	—	—	—
Handschuhmacher	—	80	—	—	—	—
Hutmacher	—	—	15	57	—	—
Holzarbeiter	35	—	—	—	—	—
Handlungsgehilfen	—	—	—	—	4	[illegible]
Kupferschmiede	2	—	3	52	4	[illegible]
Lederarbeiter	3	—	—	35	—	—
Lithographen	—	—	—	—	—	—
Müller	—	—	—	—	—	—
Maurer	87	50	—	—	41	[illegible]
Maler	12	50	—	—	—	—
Markthelfer	10	—	—	—	—	—
Metallarbeiter Neustadt	12	—	22	75	—	[illegible]
Metallarbeiter Altstadt	18	75	—	—	7	[illegible]
Metallschläger	1	50	—	—	—	—
Musiker	13	10	—	—	—	—
Porzellanarbeiter	—	—	—	—	—	—
Sattler	—	—	—	—	—	—
Schuhmacher	—	—	—	—	8	[illegible]
Schneider	7	50	—	—	—	—
Schmiede	7	50	—	25	5	[illegible]
Stukkateure	—	—	—	—	—	—
Stellmacher	2	—	7	05	—	—
Steinmetzen	40	—	—	—	—	—
Steinsetzer	5	—	—	—	—	—
Tabakarbeiter	10	—	—	—	—	—
Tapezierer	—	—	—	—	—	—
Töpfer	11	25	—	—	—	—
Zimmerer	13	50	—	—	—	—
Metallarbeiter (Altstadt) Textilarbeiter in Kottbus	39	25	—	—	—	—
Defizit v. Dachdeckerstreik Bildhauerstreik	30	—	—	—	—	—
Anderweitige freiwillige Beiträge aller Gewerkschaften	494	16				
Summa	911	56	50	49	88	[illegible]
Bestand am 2. Okt. 1895	117	74	13	34	13	[illegible]
	1029	30	63	83	102	[illegible]

Ausgaben.

	M.
Für die streikenden Metalltuchweber	200.–
Für die streikenden Töpfer	200.–
An die Textilarbeiter in Kottbus	100.–
Gratifikation an den früheren Vorstand	[illegible]
Für Inserate an die „Arbeiter-Zeitung"	[illegible]
Leihweise an Hartmann verabfolgt	25.–
Für Agitation im Baugewerbe	30.–
Zurückerstattete Matinee-Karten	18.[illegible]
Persönliche Auslagen: Porto und Materialien	16.[illegible]
Summa	759.[illegible]

Einnahme	Mk.	1029,30
Ausgabe		759,10
Bleibt Bestand:	Mk.	270,20

Außerdem gingen noch freiwillige Beiträge ein für die Konfektionsarbeiter in Dresden zur Weiterbeförderung von den Formern . . . 37.[illegible]
Gastwirtsgehilfen . . . 10.–
Summa 47.[illegible]

Vorstehende Abrechnung wurde geprüft und für richtig befunden.

Adam Drunsel. Ernst Rothe
Revisoren.

Außer diesen vorstehenden Durchgangsposten sind noch weitere Gelder von den Gewerkschaften direkt an die streikenden Porzellanarbeiter und Steinbildhauer übermittelt worden.

Widerspruch gegen diese Abrechnung wurde nicht erhoben und daraufhin dem Kassierer Decharge erteilt. Der zweite Punkt der Tagesordnung erledigte sich ziemlich glatt; es wurden gewählt resp. wiedergewählt als 1. Vorsitzender Franz Fricke, Hertelstraße 8, 4.
„ 2. „ Kutschenreuter, Löscherstraße 10,
„ 1. Kassierer Reinhardt, Seilergasse 6, 1,
„ 2. „ Reuter, Dreikönigskirche 4, 4,
„ 1. Schriftführer G. Flügel, Löbtau, Wilsdrufferstr. 39
„ 2. „ Michael, Bischofsweg 92,
„ Revisoren: Drunsel, Kamenzerstraße 12, 3,
Rothe, Am See 1[illegible], [illegible] Flügel B.